

**Ergebnisprotokoll**

der 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Zoom-Meeting)

(IX. Wahlperiode)

am 24.06.2021

**Tagungsort:** Videokonferenz

**Beginn:** 10:00 Uhr **Ende:** 10:45 Uhr

**Teilnehmende:** Frau Jäger, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Frau Auer i. V.	Herr Kandziorowsky	Herr Dr. Rahn
Herr Böttcher	Herr Kötter i. V.	Frau Rinn
Herr Engemann	Herr Kraft	Herr Swirschuk
Herr Fiedler	Frau Loizides	Herr Wysocki
Herr Gerfelder i. V.	Herr Podstatny	Herr Yilmaz

**Fraktionsgeschäftsführer/innen:** Herr Röttger  
Herr Vogt

**Fraktionsvorsitzende:** Herr Banzer  
Herr Schindler

**Obere Landesplanungsbehörde:** Herr Dr. Beck Frau Heß  
Herr Bleher Herr Langsdorf  
Herr Hennig Frau E. Mahler

**Gäste:** Frau Sonntag - Abteilungsleiterin im Stadtplanungsamt der Stadt Mörfelden-Walldorf  
Herr Winkler - Bürgermeister der Stadt Mörfelden-Walldorf  
Frau Starck - Bauverwaltung der Gemeinde Bischofsheim  
Herr Kalweit - Bürgermeister der Gemeinde Bischofsheim

**Schriftführerin:** Frau Barthel

### Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 10. und 11. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
2. Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG aus Anlass der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Nr. 52 - Langener Straße - Wohnen und Handel“ im Stadtteil Mörfelden - **Drs. Nr. IX / 117.1**
3. Antrag der Gemeinde Bischofsheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) und vom Landesentwicklungsplan Hessen 2000 aus Anlass der Aufstellung des Vorhabensbezogenen Bebauungsplans „Darmstädter Straße / Hans-Dorr-Allee“ - **Drs. Nr. IX / 149.1**
4. Anfragen

#### **Zu TOP 1:** Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Die Vorsitzende, **Frau Claudia Jäger**, begrüßte die Ausschussmitglieder zur 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, am heutigen Tage abermals als Videokonferenz. Ebenso die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungspräsidiums. Gleichmaßen grüßte Frau Jäger die Vertreter\*innen der Stadt Mörfelden-Walldorf und der Gemeinde Bischofsheim. Frau Jäger stellte fest, dass die Einladungen form- und fristgerecht versendet wurden. Die Protokolle der 10. und 11. Sitzung wurden genehmigt.

**Frau Jäger** brachte ihr außerordentliches Bedauern darüber zum Ausdruck, dass kein Vertreter des HMWEVW anwesend war. Die Teilnahme wäre essenziell für die Beratungen zu TOP 2 gewesen. **Herr Podstatny (SPD)**, bekräftigte dies und regte an, seitens der Ausschussvorsitzenden für die nächste Sitzungsrunde im September eine schriftliche Anfrage an das Ministerium bezüglich der Teilnahme an der Ausschusssitzung, zu stellen. Frau Jäger sagte zu, den Vorschlag aufzugreifen.

#### **Zu TOP 2:** Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG aus Anlass der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Nr. 52 - Langener Straße - Wohnen und Handel“ im Stadtteil Mörfelden **Drs. Nr. IX / 117.1**

**Frau Jäger** erläuterte, dass der Abweichungsantrag der Stadt Mörfelden-Walldorf nun bereits seit geraumer Zeit auf der Tagesordnung stünde und man eigentlich in dieser Runde zum Abschluss kommen wollte.

**Herr Gerfelder (SPD)** führte aus, dass es hier um eine sehr grundsätzliche Fragestellung ginge und man befürchte, einen Präzedenzfall zu schaffen. Es sei die Frage zu klären, ob die Abweichung mit dem LEP in Einklang zu bringen sei oder ihm widerspreche. Dies sei die zentrale Fragestellung, welche nicht ohne einen Vertreter des Ministeriums abschließend zu klären sei.

Dennoch wollte er Frau Sonntag und Herrn Winkler die Möglichkeit geben, die Planung der Stadt Mörfelden-Walldorf in Bezug auf die Errichtung einer Kindertagesstätte im Einzugsbereich von Höchstspannungsleitungen zu erläutern, da der entsprechende Passus im LEP dieser Planung klar entgegenstünde.

**Herr Winkler (Mörfelden-Walldorf)** führte aus, dass die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans im Oktober 2018 vom Stadtparlament beschlossen wurde. Damals sei die Diskussion über die Gesundheitsgefahren im Einzugsbereich von Höchstspannungsleitungen noch nicht virulent gewesen. Jedoch sei in der Zwischenzeit ein positiver Bescheid aus dem Ministerium ergangen, sodass man sich daraufhin im Zielabweichungsverfahren von der jetzigen Bestandsnutzung auf den Wechsel zu Wohnen und Einzelhandel verständigte. Vorrangiges Ziel des Antrages sei die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes und ergänzend dazu die Schaffung von Wohnraum. Im Hinblick auf die Kita überarbeite die Kommune gerade ihre Bedarfsplanung. Es zeichne sich ab, dass der Bedarf an Kitaplätzen im Moment nicht gegeben sei und man deshalb erwäge, von dieser Planung zurückzutreten.

**Frau Sonntag (Mörfelden-Walldorf)** fügte hinzu, dass die landesplanerische Anfrage ans Ministerium ergeben habe, dass die Planung keiner gesetzlichen Regelung entgegenstünde, da sie sich im Bestandsgebiet befände.

Auf Nachfrage von Herrn **Kandziorowsky (CDU)**, wie es sich mit der geplanten Wohnbebauung im 400 Meter Einzugsbereich von Höchstspannungsleitungen verhalte, da diese als gesundheitsgefährdend eingestuft würden, erwiderte **Frau Sonntag (Mörfelden-Walldorf)**, dass diese Regelung nur für Neubauten gelte. Da es sich hier um eine Umwidmung von Bestandsgebiet handele, würden diese Regelungen aus dem LEP für die vorliegende Planung nicht gelten.

**Herr Langsdorf** merkte an, dass das bei der Erarbeitung der Vorlage beteiligte Immissionsschutzdezernat die Auskunft erteilte, dass die gesetzlichen Grenzwerte für energetische Strahlung innerhalb des 400 Meter Einzugsgebietes, insbesondere bei der vorliegenden Planung, nicht überschritten würden und somit keine gesundheitliche Gefährdung bestünde. Die 400-Meter-Abstandsregelung aus dem LEP diene dem Vorsorgegrundsatz. In der Abweichungszulassung könne zudem eine Maßgabe zur Nichtansiedlung einer Kindertagesstätte aufgenommen werden. Ein erneuter, geänderter Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf sei dafür nicht notwendig.

Auf **Herrn Röttgers (CDU)** Frage nach der Abwägung von Alternativstandorten für den Lebensmittelhandel hin, erläuterte **Herr Bürgermeister Winkler (Mörfelden-Walldorf)**, dass die verkehrliche Anbindung dieses Standortes gut sei und sich der Investor des Vorhabens für diesen Standort entschieden habe. Es seien diverse Alternativstandorte während der Planung untersucht worden.

**Frau Jäger** fasste abschließend zusammen, dass sich bei der Stadt Mörfelden-Walldorf über die Sommerpause inhaltliche Änderungen in der Planung ergeben könnten, welche der oberen Landesplanungsbehörde angezeigt werden. Es könnte ohne die Expertise des Ministeriums keine Abwägung getroffen werden. Ein Vertreter des Ministeriums solle zur nächsten Sitzung unbedingt geladen werden, um dann zu einem Abschluss kommen zu können. Über das Erfordernis, die Beratung und Entscheidung erneut eine Sitzungsrunde zu schieben, stellte Frau Jäger Konsens fest.

**Zu TOP 3:** Antrag der Gemeinde Bischofsheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) und vom Landesentwicklungsplan Hessen 2000 aus Anlass der Aufstellung des Vorhabensbezogenen Bebauungsplans „Darmstädter Straße / Hans-Dorr-Allee“  
**Drs. Nr. IX / 149.1**

**Herr Kalweit (Gemeinde Bischofsheim)** erklärte zu Beginn, dass der Bauausschuss die Offenlage des Projektes am Vortag einstimmig beschlossen habe. Das Vorhaben diene der Lebensmittelversorgung und dem Bau von sechzehn Wohneinheiten und somit der Versorgung des östlichen Gebietes der Kommune, das bisher unterversorgt war. Nicht zuletzt, da sich im Einzugsgebiet auch ein Seniorenheim befände. Die angrenzenden Kommunen seien von den Bauvorhaben nicht beeinträchtigt.

**Herr Böttcher (DIE GRÜNEN)** wies darauf hin, dass Hessenmobil Vorbehalte gegen die geplante Verkehrserschließung geäußert habe, auf die in den Nebenbestimmungen der Beschlussvorlage auch eingegangen wurde. In der Vorlage seien die Ausführungen hierzu aber sehr allgemein gehalten.

**Herr Bürgermeister Kalweit (Gemeinde Bischofsheim)** erläuterte, dass die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr nicht nur durch den nahe gelegenen Bahnhof erfolge, sondern auch aus einer, alle dreißig Minuten verkehrenden, Buslinie bestünde. In ca. 250 m Entfernung verkehre ebenfalls die „Mainzer Buslinie“. Hierzu ergänzte Frau **Starck (Bauverwaltung)**, dass man nun eine Zufahrt zum Nahversorger über die Hans-Dorr-Allee geplant habe und die Bedenken, die Hessenmobil äußerte, somit gelöst wären.

**Zu TOP 4:** Anfragen

Da es keine Anfragen gab, schloss Frau Jäger um 10:45 Uhr die Sitzung und bedankte sich bei allen Teilnehmenden für den konstruktiven Meinungsaustausch.

Die Vorsitzende des Ausschusses für  
Wirtschaft und Verkehr



Claudia Jäger

Die Schriftführerin

Gez. Manuela Barthel